

A N T R A G

der B90/Grüne-Landtagsfraktion

betr.: Haushalt 2014 – Schwerpunkt im Bereich Bildung und Wissenschaft setzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Mit dem Haushaltsentwurf 2014 zeigt die Landesregierung bereits zum zweiten Mal in Folge, dass sie an ihrem selbst gesteckten Ziel, der Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes, scheitert. Einerseits ist sie in ihren Konsolidierungsbemühungen zu mutlos, andererseits spart sie in den Bereichen, die für die Zukunftsfähigkeit des Landes von größter Bedeutung sind.

Dieser zweite Haushalt der Großen Koalition offenbart zudem, dass das Konzept der Schuldenbremse vollkommen falsch verstanden wird. Die Schuldenbremse ist kein Selbstzweck. Sie ist insbesondere ein Mittel zur Entlastung der jungen und künftigen Generationen, damit auch in Zukunft finanzielle Handlungsspielräume erhalten bleiben. Sparmaßnahmen zulasten der künftigen Generationen schließen sich demnach auf dem Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse aus. Die Landesregierung macht genau das Gegenteil: In der Bildungs- und Jugendpolitik werden zentrale Kürzungsmaßnahmen vorgenommen.

I. Klare Schwerpunkte setzen im Bereich Bildung und Wissenschaft!

Die Landesregierung begeht einen Paradigmenwechsel

Mit dem Haushalt 2014 wird ein Paradigmenwechsel in der Haushaltspolitik eingeleitet. Im Bildungs- und Wissenschaftsbereich werden zentrale Sparmaßnahmen eingeleitet.

Die Universität wird bis 2020 mit Einsparungen in Höhe von rd. 140 Mio. Euro auskommen müssen.

Im Schulbereich wird mit dem Abbau von Lehrerstellen begonnen. 38 Lehrerstellen an Grund- und Realschule und 20 Referendarstellen werden gestrichen. In der Freiwilligen Ganztagschule werden Gebühren für die Betreuung in den kurzen Gruppen eingeführt und in den langen Gruppen erhöht.

Auch im frühkindlichen Bildungsbereich kommt es zu Kürzungen. Qualitätsverbessernde Maßnahmen bei Kindertageseinrichtungen werden gekürzt.

Im Krippenbereich wird entgegen allen wissenschaftlichen Erkenntnissen die zulässige Gruppengröße um 20 Prozent erhöht.

Ausgegeben: 29.11.2013

Sparen an der Bildung ist kurzfristig und ungerecht

Bildung ist die wichtigste Ressource zur Stärkung der Chancengleichheit junger Menschen und für die Schaffung gleicher Aufstiegschancen. Sie ist somit eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung einer gerechten Gesellschaft.

Darüber hinaus ist Bildung der zentrale Bereich für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes. Nicht nur, weil die Köpfe unserer Kinder das Kapital der Zukunft sind, sondern auch, weil die Qualität des Betreuungs- und Bildungssystems ein zentraler Faktor für die Attraktivität eines Landes ist. Das hat die jüngste „prognos-Studie“ über die Lebensbedingungen in Deutschland eindrucksvoll belegt.

Bemerkenswerte Feststellungen zur zentralen Bedeutung von Investitionen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich liefert auch die jüngste Studie von Prof. E. Emrich u.a. zur Universität des Saarlandes. Die Universität des Saarlandes hat für das Land sowohl positive wirtschaftliche als auch positive demographische Effekte. Ein Viertel der jungen Menschen, zwischen 20 und 25 Jahren, die ins Saarland ziehen, kommen über die Universität zu uns. Jeder vom Land in die Uni investierte Euro kommt doppelt zurück und somit dem Land wiederum zugute.

Vor diesem Hintergrund missbilligt der Landtag des Saarlandes die vorgesehenen Einsparmaßnahmen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich. Die Landesregierung wird aufgefordert, ihre Einsparmaßnahmen vollumfänglich rückgängig zu machen.

II. Gerecht vorgehen!

Die Landesregierung geht nicht nur durch ihre Einsparungen im Bildungsbereich ungerecht vor. Sie spart darüber hinaus auch bei den Schwächsten der Gesellschaft. Der Staat muss sich um diejenigen in der Gesellschaft am meisten kümmern, die schwach sind und denen es am schlechtesten geht. Durch die falschen Akzente im Landeshaushalt verstößt die Landesregierung gegen dieses grundlegende Gerechtigkeitsprinzip.

Bestmögliche Versorgung im Krankheitsfall sicherstellen

Die Absicherung im Krankheitsfall ist eine zentrale Säule unseres Sozialstaats. Die vorgesehenen Kürzungen im Bereich der Investitionsfinanzierung der Krankenhausträger machen eine bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung im Saarland immer schwerer. Der Druck auf die bereits stark belasteten saarländischen Kliniken wird dadurch so vergrößert, dass diese dazu gezwungen sind, ihre laufenden Kosten durch Fallzahlerhöhungen zu kompensieren oder im Bereich der Personalkosten zu Lasten der Patientenversorgung zu sparen.

Der Landtag des Saarlandes missbilligt die vorgesehene Kürzung und fordert die Landesregierung auf, diese vollumfänglich rückgängig zu machen. Das Land darf seine Finanzierungsverantwortung hinsichtlich der Kliniken zukünftig nicht weiter auf die Krankenkassen abwälzen.

Jugend nicht zu Leidtragenden machen

Im Bereich der Jugendpolitik werden die Mittel um teilweise 50 Prozent gekürzt. Die Jugendlichen sind diejenigen, die am wenigstens verantwortlich dafür sind, dass der Staat und das Land heute einer Schuldenbremse unterliegt. Schon aus diesem Grund verbieten sich Einsparungen zu Lasten der jungen Generation.

Jugendpolitik ist Zukunftspolitik für unser Land und hat zudem eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft. Die Mittel im Bereich der Jugendpolitik dürfen nicht gekürzt werden.

Inklusion als Menschenrecht anerkennen

Der Haushalt zeigt erneut, dass Inklusion für die Landesregierung nur auf dem Papier besteht. Außer der Verlagerung von 25 weiteren Förderschullehrern an Grundschulen sind im Haushalt keinerlei Schwerpunkte erkennbar, die zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen beitragen können. Im Gegenteil, die Arbeitstrainingsplätze für psychisch behinderte Menschen werden gestrichen, bei den Inklusionsmaßnahmen für Menschen mit Behinderung klafft eine große Null.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen und hierfür weitere 20 Stellen für Förderschullehrer an den Grundschulen bereitzustellen, die Arbeitstrainingsplätze für psychisch Behinderte zu erhalten sowie 120.000 Euro für die Förderung von Arbeitsplätzen in Integrationsbetrieben einzustellen.

Asylbewerber würdig behandeln

Mit dem Haushalt geht die Landesregierung einen ersten vorsichtigen Schritt in Richtung dezentrale Unterbringung der Asylbewerber. Der Ansatz zur Entschädigung der Gemeinden und Kommunen, die Flüchtlinge aufnehmen, ist allerdings viel zu knapp kalkuliert. Demnach darf nur ein Bruchteil der Flüchtlinge die Landesaufnahmestelle verlassen. Des Weiteren ist nicht mit einem Rückgang von Flüchtlingen insgesamt zu rechnen.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf, mehr Mittel für Integrations- und Betreuungsmaßnahmen bereitzustellen. Durch die Umstellung von Sach- auf Geldleistungen besteht die Möglichkeit die soziale Integration kostenneutral zu fördern.

Resozialisierung im Vollzug gewährleisten

Im Justizbereich zeigt sich die Auswirkung der Rasenmähermethode beim Sparen zurzeit am deutlichsten. Um die von der Landesregierung geforderte Sparquote in den Häusern einhalten zu können, werden in den Justizvollzugsanstalten Stellen gestrichen, obwohl es bereits heute einen realen Personalnotstand gibt und die Resozialisierung auf der Strecke bleibt. Das ist mit Blick auf die höheren Kosten zur Verbrechensbekämpfung in der Zukunft nicht nur kurzfristig, sondern stellt auch eine Gefährdung der Allgemeinheit dar.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf, die Stellenstreichungen im Justizbereich und die Kürzung der ambulanten Sanktionsalternativen rückgängig zu machen.

Steuergerechtigkeit sicherstellen

Das ungerechte und kurzsichtige Vorgehen der Landesregierung zeigt sich auch im Bereich der Finanzverwaltung. Dort sind rund 80 Stellen unbesetzt. Das führt nicht nur zu einer enormen Arbeitsbelastung in der Steuerverwaltung, sondern beinhaltet auch die Gefahr, dass die Steuergerechtigkeit auf der Strecke bleibt und dem Land Steuereinnahmen verloren gehen.

Deshalb fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf, die unbesetzten Stellen in der Steuerverwaltung zeitnah zu besetzen.

III. Endlich ein mutiges Konsolidierungskonzept vorlegen!

Der Konsolidierungsbedarf ist enorm

Mit dem Entwurf zum Haushalt 2014 kann voraussichtlich die Vereinbarung mit dem Stabilitätsrat eingehalten werden. Dies erkaufte sich die Landesregierung durch kurzfristige Einsparmaßnahmen in zentralen Zukunftsbereichen. Außerdem mussten als „Notnagel“ die im Sondervermögen „Zukunftsinitiative“ noch zur Verfügung stehenden Mittel bereit gestellt werden, die damit nun fast vollständig aufgebraucht sind.

Dadurch wird die Situation in den kommenden Jahren nicht einfacher. Denn die Konsolidierungsbedarfe in den nächsten Jahren sind immens. Die Landesregierung schreibt in ihrem Bericht an den Stabilitätsrat: Für das Jahr 2015 besteht ein Handlungsbedarf in Höhe von 63 Mio. Euro, für das Jahr 2016 in Höhe von 138 Mio. Euro.

Auch der Stabilitätsrat beurteilt die Situation als äußerst brisant. In seinem letzten Beschluss schreibt er, dass das Saarland bei seinen Konsolidierungszielen weit hinter anderen Konsolidierungsländern zurückbleibt. Das Land wird seinen Konsolidierungskurs „zügig deutlich verstärken müssen, um seine Handlungsfähigkeit zu bewahren“.

Die Konsolidierungsvorschläge sind vage und mutlos

Darüber, wie die Landesregierung diese Konsolidierungsbedarfe auflösen will, hat sie nur sehr vage Vorstellungen. Bisher ist lediglich bekannt, dass das Fördermittelcontrolling effizienter gestaltet, die Zuführungen an die Landesbeteiligungen zurückgefahren und die Kooperation mit Rheinland-Pfalz ausgeweitet werden soll.

Wie gering die Chancen der Realisierung dieser Konsolidierungspotentiale unter dieser Landesregierung aber sind, können Landtag und Öffentlichkeit am Beispiel der Diskussion um den Flughafen Saarbrücken-Ensheim erleben. In den Verhandlungen mit Rheinland-Pfalz zieht sich die Landesregierung hier komplett auf Maximalforderungen zurück und rückt damit die Möglichkeit einer Reduktion der jährlichen Belastung des Haushalts in Höhe von 7-9 Mio. Euro in weite Ferne.

Der Landtag des Saarlandes missbilligt, dass die Landesregierung in dieser Frage weiterhin Kirchturmdenken an den Tag legt und bisher keine Lösung herbeigeführt hat.

Prestigeprojekte bleiben von Einsparungen ausgenommen

Der Haushalt 2014 wird erneut durch eine Reihe von Projekten belastet, die sich das Land in seiner jetzigen Situation schlichtweg nicht leisten kann und zurückgestellt werden müssen.

So erhöht sich der Zuschuss an die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz wegen der Dauerbaustelle IV. Pavillon erneut. Es werden 2,5 Mio. Euro für ein multifunktionales Stadion in Saarbrücken eingestellt. Für eine neue Messelandschaft stellt das Land 1 Mio. Euro zur Verfügung. Mittel in gleicher Höhe stehen für eine Marketing-Kampagne des Landes bereit. Die Industriekultur und das Bergbauerbe lässt sich die Landesregierung weitere 0,9 Mio. Euro kosten.

Gleichsam zwanghaft wird an der Ortsumgehung Merzig festgehalten. Insgesamt sieht die Landesregierung in ihrem Landesbedarfsplan 2013-2017 für Straßenneubauprojekte 35 Mio. Euro vor. Hiervon stehen 16,5 Mio. für die ökologisch und ökonomisch vollkommen widersinnige Nordumfahrung Merzig bereit.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung mit Blick auf die für die Zukunftsfähigkeit des Landes dringend notwendige Schwerpunktsetzung im Bereich Bildung und Wissenschaft auf, die eingeplanten Mittel für diese Projekte zurückzustellen und nachhaltiger zu investieren.

Landesregierung spart nicht bei sich selbst

Zu den im letzten Jahr neu geschaffenen Stellen innerhalb der Ministerien kommen in diesem Jahr eine Vielzahl an Hebungen im Bereich des höheren Dienstes hinzu. Auch die speziellen Töpfe für außergewöhnliche Zwecke der Ministerpräsidentin und der Minister für die Öffentlichkeitsarbeit und für Kommunikationsmaßnahmen sind weiterhin reichlich gefüllt.

Keinerlei Einsatz für Einnahmeverbesserungen

Was für die Landesebene gilt, gilt auch für die Bundesebene: Genauso wenig, wie sich die Landesregierung für ein Mehr an Steuereinnahmen durch Besetzung der freien Stellen in der Steuerverwaltung einsetzt, setzt sie sich im Bund für höhere Steuereinnahmen ein. Denn der von der Landesregierung angekündigte und im Koalitionsvertrag festgeschriebene Einsatz für Einnahmeverbesserungen auf Bundesebene lässt weiterhin auf sich warten.

Letzten Endes sind auch die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen in Berlin so wenig konkret und aussagekräftig, dass im Hinblick auf eine dauerhafte finanzielle Entlastung des Saarlandes nicht mit einer Verbesserung gerechnet werden kann.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.